

Thomas Jarzombek

- (A) Zum Abschluss lese ich Ihnen noch vor, was Herr Stecker vom BGL gesagt hat – damit spricht er für viele Spediteure –:

Nichtsdestotrotz haben wir uns öffentlich mit der Kritik an der Ausweitung der Maut auf die mehrstreifen Bundesstraßen zurückgehalten, weil wir zum einen die Zwänge angesichts der Sparbemühungen der Bundesregierung sahen, zum anderen aber auch den Finanzierungskreislauf Straße begrüßt haben und das für einen Schritt in die richtige Richtung halten und in diesem Zusammenhang auch jedem Transportunternehmen plausibler ist, Maut für diese Strecken zu bezahlen.

Das ist Lob.

(Florian Pronold [SPD]: Lob von der Lobby ist doch kein Beleg für Richtigkeit, eher für Falschheit!)

– Wenn Sie mittelständische Transportunternehmer als Lobby ansehen, dann können Sie sich gerne weiter mit den Großen unterhalten.

Ich danke Ihnen vielmals.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Florian Pronold [SPD]: Schwach begonnen, stark nachgelassen!)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

- (B) Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuregelung maurechtlicher Vorschriften für Bundesfernstraßen. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/5519, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 17/4979 in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag der Linken auf Drucksache 17/5531? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Linken und Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und Linken bei Enthaltung der Grünen angenommen.

### Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Mehrheitsverhältnis wie in der zweiten Beratung angenommen.

- Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf: (C)

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Cornelia Möhring, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

### Agrarförderung in Deutschland und Europa geschlechtergerecht gestalten

– Drucksache 17/5477 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Kirsten Tackmann für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Junge Frauen sehen in Dörfern und kleinen Städten immer öfter keine Perspektive mehr für sich; das wissen wir seit Jahren. Das hat auch politische Gründe: Es fehlt an existenzsichernder bezahlter Arbeit. Der Lohnabstand zu Männern ist hier noch größer als in Großstädten. Familie und Beruf sind noch schwieriger zu vereinbaren. Familiäre Betreuungs- und Versorgungswege zur Schule, zum Einkauf und zu den Ärzten werden immer länger, und sie müssen meistens von den Frauen übernommen werden. – Der Preis des Bleibens ist unter diesen Bedingungen oft mit dem Verzicht auf eigene Lebensperspektiven verbunden. Darum wandern junge Frauen in die Großstädte ab.

Der Politik fehlt der Blickwinkel der Frauen. Gerade in Deutschland ist die Agrarpolitik männerdominiert, ebenso wie der Berufsstand und die Verbände. Das ist in der EU-27 nicht überall so. Zum Beispiel im Baltikum wird fast die Hälfte der Landwirtschaftsbetriebe von Frauen geleitet. In Deutschland sind das nicht einmal magere 10 Prozent, und wenn, dann sind das eher Betriebe in Ostdeutschland oder kleinere Betriebe. Ein Bauernverbandsfunktionär hat neulich in einer Veranstaltung der Linken gesagt: Für Gleichstellung sind bei uns die Landfrauen zuständig. – Nichts gegen Landfrauen – im Gegenteil, sie arbeiten sehr engagiert vor Ort –; aber wenn die Gleichstellung gelingen soll, müssen sich alle verantwortlich fühlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb sagt die Linke: Agrarpolitik muss endlich Frauen in alle Entscheidungen einbeziehen, und zwar nicht nur formal, sondern wirkungsvoll; denn Gleichstellung ist ein Grundrecht. Es geht nicht um eine großzügige Gewährung, sondern um einen Anspruch. Das ist mehr als die alte Leier von gleichen Bedingungen für alle.

Die Bundesregierung antwortete auf eine Kleine Anfrage der Linken zur Agrarförderung, sie sei „geschlechts-

(D)

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) neutral“. Sie meint damit, sie sei nicht diskriminierend. Das zeigt aber nur eine gravierende Gleichstellungsinkompetenz; denn so werden ungleiche Verhältnisse nicht gerechter, sondern so werden sie zementiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Man darf deswegen nicht geschlechtsneutral fördern, sondern man muss geschlechtergerecht fördern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke fordert: Die 58 Milliarden Euro im EU-Agrarhaushalt für Agrarbetriebe und ländliche Räume müssen geschlechtergerecht verteilt werden. Wie das geht, steht in den 19 Forderungen unseres Antrags. Dabei geht es nicht einfach darum, jeden zweiten Euro an Frauen zu überweisen. Wir wollen einen grundlegenden Wandel. Vor allen Dingen geht es uns um die Überwindung diskriminierend wirkender Strukturen. Zwei Schwerpunkte unserer Vorschläge möchte ich nennen:

Erstens. Wir müssen mehr wissen über die Lebenssituation der Frauen auf dem Land. Die Gleichstellungspolitik muss im Agrarbericht einen größeren Raum einnehmen. Bis Ende 2011 soll dem Bundestag ein Bericht zum Stand der Gleichstellung in den ländlichen Räumen vorgelegt werden.

Zweitens. Frauen brauchen mehr wirksame Mitsprache bei den Entscheidungen. Zum Beispiel beim ELER-Fonds zur Förderung der ländlichen Räume müssen Frauen aktiv in die Entwicklung und Umsetzung der Programme eingebunden werden. Die Leader-Arbeitsgruppen, die diese Arbeit vor Ort planen und koordinieren, brauchen Frauenbeiräte, die über ein Vorschlagsrecht verfügen.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN)

In der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die die nationalen Förderprogramme plant, muss die Bundesfrauenministerin mit Stimmrecht vertreten sein, damit sie schon in der Programmplanungsphase eingreifen kann.

Die Gleichstellungsdefizite auf dem Land benennen übrigens nicht nur wir Linken, sondern auch der Bericht über die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum des Europäischen Parlaments vom Januar. Auch der Weltagrarbericht weist ausdrücklich auf die große Bedeutung von Frauen bei der Lösung der Probleme auf dem Land hin.

Die Diskriminierung von Frauen als Kleinbäuerinnen oder Händlerinnen oder Hauptverantwortliche der Familien ist eine wesentliche Ursache der Armut. Die Agrarexportförderung der EU ist an dieser Situation nicht unschuldig. Deshalb sagen wir Linken: Auch damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Um zusammenzufassen: Nur eine geschlechtergerechte Agrarpolitik wird die Probleme auf dem Land lösen. Das gilt für Deutschland, für Europa und für die ganze Welt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

(C)

Das Wort hat nun Christoph Poland für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Christoph Poland (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Heiterkeit ist ohne Ernst nicht zu begreifen“, meinte Lorient. Also versuche ich, bei der Debatte über diesen Antrag, der mich sehr erheitert hat, ernst zu bleiben.

(Karin Binder [DIE LINKE]: Das ist aber wirklich bedauerlich!)

Das Thema ruft und rief bei Frauen in der Landwirtschaft, mit denen ich gesprochen habe – ich spreche täglich mit ihnen –, große Verwunderung und Heiterkeit hervor. Aber ich verspreche den Damen und Herren von der Linken, dass wir das Thema ernst nehmen. Frauenförderung findet bei uns in allen Politikbereichen ihren Niederschlag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Dann hätten Sie mal zuhören sollen!)

Dieser Antrag, den Sie diese Woche mit heißer Nadel gestrickt haben und uns nun im Plenum vor die Füße werfen, ist eigentlich überflüssig. Ich sage Ihnen auch, warum:

(Karin Binder [DIE LINKE]: Da sind wir mal gespannt!)

(D)

Sie haben von der Bundesregierung bereits eine Antwort auf eine Kleine Anfrage zu diesem Thema erhalten.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ändert doch nichts an der Situation!)

Insofern gilt für Sie das, was Norbert Blüm einmal gesagt hat:

Der Vorteil der Opposition ist, dass sie Fragen stellen kann, die sie nicht beantworten muss.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Karin Binder [DIE LINKE]: Unser Antrag ist die Antwort darauf!)

Ich kann Ihnen gerne noch einmal darlegen, was wir für die Frauen in ländlichen Gebieten tun. Zuerst möchte ich Ihnen aber sagen, dass die CDU/CSU von den Linken keine Nachhilfe in Sachen Frauenförderung braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Karin Binder [DIE LINKE]: Das ist ein Irrtum!)

1961 holte Konrad Adenauer die erste Frau als Ministerin in das Bundeskabinett.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Sie sind wirklich lustig, Herr Kollege!)

Sie erinnern sich sicherlich an Elisabeth Schwarzhaupt. Heute steht eine Frau an der Regierungsspitze.

## Christoph Poland

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Aber sie macht keine Frauenpolitik! – Kerstin Tack [SPD]: Das geht völlig am Thema vorbei! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Sie reden am Thema vorbei!)

– Verehrte Frau Tackmann, ich komme gleich dazu.

Sie zitieren ja gerne die Kommunistin Clara Zetkin.

(Kerstin Tack [SPD]: Worüber redet er denn?)

Ich wünsche mir allerdings inständig, dass Sie nicht die Möglichkeit haben, Ihren Glauben an die überlegene Macht des Kommunismus weiter als etwas Gutes zu deklarieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Angesichts der Diskussion, ob Oskar Lafontaine in Ihrer Partei wieder eine wichtige Rolle spielen soll, würde ich Ihnen empfehlen,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Reden Sie doch mal zum Thema!)

eher das Frauenbild der Linken und ihrer Mitglieder zu klären, als sich über das Frauenbild anderer Parteien erhaben zu fühlen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ich habe über kein Frauenbild geredet! Ich habe über die Situation geredet! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Sie sollten einmal den Antrag lesen!)

- (B) – Ich komme gleich dazu.

Sie beklagen in Ihrem Antrag die Landflucht der Frauen. Nehmen Sie doch einfach einmal zur Kenntnis, dass die Landflucht der Frauen keine neue Erscheinung ist. Schon seit Jahrzehnten, also auch in der früheren DDR und in der alten Bundesrepublik, gibt es eine Landflucht von Frauen. Das hat etwas mit der Entwicklung und der Industrialisierung der Landwirtschaft zu tun.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Sie sollten sich einfach mal richtig vorbereiten!)

Frauen streben in die Städte, in die Dienstleistungsbereiche und haben keine Lust mehr, auf dem Lande zu leben.

Sie wollen die Agrarförderung auch in Europa geschlechtergerecht gestalten; so haben Sie es in Ihrem Antrag formuliert. Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass wir auf europäischer Ebene bereits federführend einen Bericht eingebracht haben mit dem Titel „Bericht über die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum“.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ja, der hat die Probleme aufgezeigt!)

Dieser Bericht ist, wie Sie wissen, ohne Änderungsantrag vom Europäischen Parlament angenommen worden.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist ein Bericht! Das sind keine Taten!)

Außerdem darf ich Sie darauf hinweisen, dass die Gleichstellung der Geschlechter Fundament der EU und in den nationalen Verfassungen niedergelegt ist. Niemand hier braucht Ihren Antrag, Ihre Nachhilfe zum Thema Frauenförderung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die multifunktionale Rolle der Frau im ländlichen Raum

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Multifunktionale Rolle der Frau? – Kerstin Tack [SPD]: Das hat er doch jetzt nicht gesagt, oder?)

leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, in der Gesellschaft ein modernes Frauenbild zu prägen. Meist sind es die Frauen, die in der Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen Zukunftsperspektiven sehen und neue Wege gehen. Durch ihr unternehmerisches Engagement leisten Frauen einen wesentlichen Beitrag zum Familieneinkommen, zur Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe und zur regionalen Wirtschaftskraft. Dies gilt in besonderem Maße für den ländlichen Tourismus, die Direktvermarktung, den Dienstleistungsbereich und andere unternehmerische Initiativen.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Alles prekäre Beschäftigung!)

In meinem Wahlkreis gibt es starke Unternehmerinnen im landwirtschaftlichen Bereich.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Bei mir auch!)

Im Bereich der Rinderzucht hat Frau Dr. Sabine Krüger in Woldegk zum Wohle der Landwirte und einer eigenständigen Zucht eine einheitliche, wirtschaftlich starke Zucht- und Besamungsorganisation aufgebaut. Frau Carola Lehmann gebietet als Vorstandsvorsitzende über 2 000 Hektar.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Was sagt denn das?)

Es gibt dort auch Fischerinnen, die ihren eigenen Betrieb eröffnet haben, zum Beispiel Frau Sabine Reimer-Meißner, und junge Frauen, die einen Agrarbetrieb mit Gourmetrestaurant, Hofladen und Ähnlichem aufgebaut haben.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ja! Das zeigt doch, dass sie es können! Warum sind es denn dann nur 10 Prozent?)

– Ich weiß nicht, ob Sie glauben, dass dann, wenn 50 Prozent einen Hofladen hätten, alle davon leben könnten.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Wieso mit einem Hofladen? Frauen können also nur Hofladen, oder wie? – Kerstin Tack [SPD]: Peinlich!)

Den unterschiedlichsten Anforderungen begegnen Frauen sehr kreativ,

(Patrick Döring [FDP]: Oh ja! Wie der Antrag der Linken beweist!)

(C)  
(D)

**Christoph Poland**

- (A) vor allem im Rahmen familiärer Unterstützungsnetzwerke. Das Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut hat festgestellt, was Frauen Kreatives leisten.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Sie spielen für die ländliche Entwicklung eine wesentliche Rolle, auch wenn dies von der Öffentlichkeit häufig nicht wahrgenommen wird.

Den EU-Bericht über die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum, den Sie in Ihrem Antrag erwähnen, verstehe ich ganz anders als Sie.

(Kerstin Tack [SPD]: Das war klar!)

Sie schreiben:

In vielen Regionen droht mittel- bis langfristig eine weitere Verschlechterung der sozialen Infrastruktur.

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Aber sicher!)

Das ist nicht richtig.

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Doch!)

Vielmehr wird in dem Bericht hervorgehoben, dass die Rollenvielfalt, der sich Frauen im ländlichen Umfeld stellen, einen wesentlichen Beitrag zum Fortschritt und zu Innovationen auf allen gesellschaftlichen Ebenen und zu einem Anstieg der Lebensqualität insbesondere im ländlichen Raum leistet.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ja! Aber da ist Deutschland doch schon Vorreiter, denke ich!)

- (B) Denken Sie nur an die Frauen in Verbänden, in Feuerwehren, im Landfrauenverband. Es gibt bereits erste Feuerwehrführerinnen,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist auch gut so! Aber die können viel mehr! – Kerstin Tack [SPD]: Das ist total peinlich, was Sie da erzählen!)

weil Männermangel herrscht.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Also nur als Ersatz für Männer, oder wie?)

Außerdem schreiben Sie in Ihrem Antrag, dass das Seminar „Frauen in der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums“ lediglich einen begrenzten Sensibilisierungseffekt hatte. Diese Einschätzung kann ich so nicht teilen. Im Bericht wurde vielmehr festgehalten, dass es in der letzten Dekade im Hinblick auf die Arbeitslosenzahlen von Frauen einen positiven Trend gegeben hat. Nehmen Sie diese positiven Arbeitsmarktzahlen doch einmal zur Kenntnis! 2011 werden in Deutschland mehr Menschen Arbeit haben als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Es geht um existenzsichernde Bezahlung!)

Natürlich kommen Sie auch mit Ihrem Lieblingsthema um die Ecke, dem Mindestlohn.

(Beifall bei der LINKEN)

Da machen wir nicht mit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Wir als CDU sind gegen den Mindestlohn. Wir wollen nicht, dass durch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen und ländlichen Bereich vernichtet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, in ihrem Antrag fordern die Linken – hören Sie jetzt gut zu – deutlich höhere Anteile des europäischen Agrarfonds für Frauen. Ich finde, das geht über Gleichbehandlung hinaus.

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau! Was ist daran gerecht?)

Hier überdrehen Sie das Rad gewaltig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zusammenfassend will ich ganz klar sagen: Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Jetzt schon? Sie haben ihn ja noch gar nicht richtig gelesen! Wir diskutieren darüber doch gerade erst in erster Lesung!)

Ich schenke Ihnen allerdings ein paar Minuten meiner Redezeit. Frohe Ostern!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Allein für diese Rede hat es sich gelohnt, herzukommen!)

(D)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Danke schön. – Das Wort hat nun Wilhelm Priesmeier für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

**Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Poland, Ihre Bemerkung zu Heiterkeit und Ernst nehme ich als gegeben hin. Aber die Sachlichkeit war in Ihrer Rede nicht besonders stark ausgeprägt.

(Iris Gleicke [SPD]: Ja, die Sachkunde auch nicht! – Kerstin Tack [SPD]: Das war peinlich!)

Insofern hat es auch entsprechende Bemerkungen gegeben.

Ich glaube, das Thema, um das es geht, hat gravierende Auswirkungen auf den gesamten ländlichen Raum und die demografische Entwicklung im ländlichen Raum.

(Iris Gleicke [SPD]: Richtig!)

Die Gleichstellungsstrategie ist ein Kernziel der Strategie „Europa 2020“. Insofern hat sich Ihre Kollegin Frau Jeggle im Europaparlament besondere Verdienste erworben. Sie hat nämlich den Bericht aufgegriffen und am 4. April dieses Jahres einen wirklich hervorragenden

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) Entschließungsantrag – Sie haben ihn vielleicht noch nicht gelesen –, der 39 Forderungen enthält, durch das Europaparlament gebracht. In diesem Antrag wurden viele Dinge, die im Antrag der Linken stehen, thematisiert und fast wortgleich eingefordert.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist ja Sozialismus! Mein Gott!)

Insofern würde ich mir das – was moderne Politik für Frauen im ländlichen Raum und auch was die Möglichkeiten betrifft, den Agrarhaushalt dort mit einzusetzen – zumindest einmal vor Augen führen und unter Umständen zum Konzept machen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Christoph Poland [CDU/CSU]: Aber nicht wortgleich mit dem Linken-Antrag!)

Wir Sozialdemokraten wollen natürlich die Rolle der Frauen in den ländlichen Räumen stärken, damit diese lebenswert bleiben. Deshalb unterstützen wir nachdrücklich alle 39 Forderungen dieses Entschließungsantrags. Wir haben allerdings auch die Aufgabe, die Forderungen, die für Europa formuliert sind, an Deutschland und seine Strukturen anzupassen.

Die Bundesregierung bekennt sich ebenfalls zur Gleichstellungspolitik. An der Antwort auf die Kleine Anfrage der Linken erkennt man aber, dass sie bislang keine Vorschläge erarbeitet und offensichtlich auch keine konkreten Vorstellungen im Hinblick auf die Umsetzung hat.

- (B) Im Rahmen der Ausgestaltung der zweiten Säule nach ELER gibt es einen relativ großen Spielraum an Möglichkeiten, dort spezifische Frauenförderung zu verankern. Schauen Sie sich doch einmal an, wie sich der ländliche Raum darstellt. Schauen Sie vor allem in die ländlichen Räume der neuen Bundesländer: nach Nordostvorpommern, in die Prignitz oder nach Sachsen. Dann erkennen Sie, dass dort mittlerweile ein Missverhältnis zwischen den Geschlechtern besteht – ein Verhältnis im Extremfall von 100 zu 75, im Regelfall von 100 zu 80. Das heißt, 20 Prozent der Frauen in den Altersgruppen zwischen 18 und 29 Jahren fehlen, und es werden weniger Kinder geboren. Auch das führt dazu, dass diese Räume sozial instabil werden.

Die Wanderungsbewegung – das haben Sie richtig bemerkt – ist sicherlich eine Erscheinung, die wir seit 100 oder 200 Jahren haben. Das ist so, seitdem die Städte wachsen. Bislang waren wir aber immer in der Lage, dies durch einen entsprechenden Bevölkerungszuwachs in den ländlichen Räumen auszugleichen. Das passiert schon lange nicht mehr.

Wenn ich meinen eigenen Wahlkreis bzw. meine eigene Kommune anschau, sehe ich dort ein charakteristisches Beispiel. Wir hatten, als ich anfang, Kommunalpolitik zu machen, etwa 11 500 Einwohner. Heute haben wir noch 9 800 Einwohner. Im letzten Jahr sind in dieser Kommune – ich habe bei meinem Bürgermeister nachgefragt – 48 Kinder geboren worden. Das ist die Perspektive, die wir in ländlichen Räumen haben. Aktive Frauenpolitik, das Fördern von Frauen im ländlichen

Raum ist ein zentrales Instrument, um dem demografischen Wandel, der sich in den ländlichen Räumen vollzieht, etwas entgegenzusetzen und ihn zu bewältigen. (C)

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Für uns ist aktive Gleichstellungspolitik eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen die Agrarpolitik davon nicht ausnehmen. Es geht sicherlich nicht um einen Ansatz in Richtung „Bauer sucht Frau“ zur Finanzierung des Projekts. Es geht viel weiter. Aber wenn Sie in solchen Regionen leben, ist die Wahrscheinlichkeit, eine adäquate Lebenspartnerin zu finden, geringer, als wenn Sie am Polarkreis lebten.

Man muss auch sehen, welche Entwicklungen sich in Bezug auf das Wahlverhalten abspielen. Es gibt eine Untersuchung – ich kann sie Ihnen vorlegen –, in der der Nachweis geführt wird, dass rechtsradikales Wählerverhalten unmittelbar mit dem Phänomen der Abwanderung korreliert. Das sollte uns allen zu denken geben. Wir müssen versuchen, dort aktiv gegenzusteuern. Wir müssen versuchen, jungen Frauen Perspektiven zu bieten. Denn wer wandert ab? Es wandern die ab, die am besten ausgebildet sind und die besten Voraussetzungen haben.

Es ist uns mittlerweile gelungen, in unserem Bildungssystem dafür zu sorgen, dass die Zahl der weiblichen Hochschulzugangsberechtigten fast 60 Prozent eines Jahrgangs ausmacht. Wenn wir auf der anderen Seite schauen, wer einen Hauptschulabschluss oder keinen Schulabschluss hat, dann sind 60 Prozent der Betroffenen männlich. Das sollte uns zu denken geben. Es hat in diesen Räumen unmittelbare Auswirkungen. (D)

Jemand, der für sich eine adäquate Lebensperspektive sucht, der sucht auch eine adäquate Arbeit und ein adäquates Beschäftigungsverhältnis. Insofern ist es gerechtfertigt, dass man sich diesem Thema im Rahmen der Diskussion über die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik in ganz besonderer Weise widmet und die Demografie im ländlichen Raum zu einem zentralen Thema bei der Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der zweiten Säule macht. Darum kommen wir gar nicht herum; denn allen Veränderungen, die sich in diesen Räumen abspielen, müssen wir zumindest begleitend etwas entgegenstellen, wenn wir diesen Prozess schon nicht verhindern können. Darum ist der Ansatz, der von der Kollegin eingefordert wird, richtig.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich kann nicht alle Ihre Forderungen unterschreiben; aber es besteht durchaus die Notwendigkeit, das politisch anzuerkennen und auch in politisches Handeln umzusetzen. Darüber, ob gerade Frau Schröder als Familienministerin an den PLANAK-Verhandlungen beteiligt werden muss, kann man sich trefflich streiten.

Was wir auch brauchen, ist – das ist hier ebenfalls thematisiert worden – Entgeltsicherheit und Entgeltgleichheit für Männer und Frauen. Bislang ist es so, dass Frauen im Regelfall – besonders aber in den ländlichen Räumen – erheblich schlechter bezahlt werden. Es gilt dem etwas entgegenzusetzen. Deshalb bedauere ich, dass Sie unseren Antrag mit dem Titel „Entgeltgleichheit

**Dr. Wilhelm Priesmeier**

- (A) zwischen Männern und Frauen gesetzlich durchsetzen“ in der letzten Woche abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Damit haben Sie den Frauen und auch den ländlichen Räumen weiß Gott keinen Dienst erwiesen.

Die Lohndiskriminierung von Frauen auf dem Lande sollte längst der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich garantiere Ihnen: Hinsichtlich der Forderungen nach Lohn- bzw. Entgeltgleichheit und Mindestlöhnen auch in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen stehen wir an der Seite der Gewerkschaften; wir unterstützen dies. Ich glaube, Gender Budgeting, also das Einfließen dieser Grundüberlegungen in alle Politik- und Haushaltsbereiche, sollte in Zukunft eine Selbstverständlichkeit sein. Wir als Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, dass diese Selbstverständlichkeit zur Realität wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Die Kollegin Christel Happach-Kasan von der FDP-Fraktion hat ihre Rede zu Protokoll gegeben,<sup>1)</sup> sodass jetzt Kollegin Cornelia Behm von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als letzte Rednerin in dieser Debatte das Wort erhält.

- (B) **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Poland, Ihre Rede war wahrlich sehr schwer zu ertragen. Dass Sie von den Koalitionsfraktionen so viel Beifall bekommen haben, spricht Bände hinsichtlich Ihrer Geisteshaltung in dieser Frage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Es wird niemand leugnen wollen, dass die Chancengleichheit von Frauen in unserer Gesellschaft besonders in ländlichen Regionen eine besondere Herausforderung darstellt.

(Holger Krestel [FDP]: Da wächst der österreichische Friede aber nicht!)

Ich blicke hier insbesondere auf Ostdeutschland. Die Forschung weist seit Jahren auf die prekäre Situation der Frauen dort hin, die eine massive Abwanderung zur Folge hat.

(Holger Krestel [FDP]: Sie sollten Ihrem Vordröner zuhören!)

Die formalrechtliche Gleichstellung der Frauen ist zwar auf dem Papier vorhanden, die Wirklichkeit sieht aber leider häufig anders aus. Frauen werden schlechter bezahlt, sie haben schlechtere Aufstiegschancen, und sie

- haben nach wie vor mit einem tradierten Rollenverständnis zu kämpfen, das ihren eigenen Vorstellungen in keiner Weise entspricht. (C)

Die Linksfraktion greift diese Problematik in ihrem Antrag dankenswerterweise auf. Ein klares politisches Handlungskonzept, wie wir diese Herausforderung meistern können, bleiben Sie allerdings schuldig. Das liegt vor allem daran, dass man ländliche Räume und Landwirtschaft wieder einmal in einen Topf geworfen hat. Die Bedeutung der Agrarbranche für die ländliche Entwicklung ist zwar unstrittig. Wenn wir aber die Situation von Frauen auf dem Lande nachdrücklich verbessern wollen – und das sollte ja ein wesentliches Ergebnis von Gleichstellung sein –, dann kommen wir mit einer Beschränkung auf Landwirtschaft und Agrarförderung nicht weit. Arbeitsplätze, gute Löhne, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch familienfreundliche Infrastrukturen – das sind die Knackpunkte für mehr Chancengleichheit und gelebte Geschlechtergerechtigkeit gerade für Frauen auf dem Lande.

Im Forderungsteil des Antrags der Linksfraktion findet sich dazu nichts. Da hilft auch die Aufnahme des Bundesfamilienministeriums in den PLANAK nicht wirklich weiter. Meinen Sie, dass sich dadurch etwas an der falschen Prioritätensetzung bei der GAK ändert?

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Wenn wir eine kompetente Ministerin hätten, wäre das schon möglich!)

- Selbst wenn wir uns auf den Agrarbereich beschränken, sind die Vorstellungen der Linken nicht wirklich ambitioniert. „Mehr Frauen in die Führungsetagen der großen Agrargenossenschaften und GmbHs“ lautet eine Ihrer Forderungen. Das wäre sicherlich ein wichtiges Zeichen. Vielen gestandenen Landwirten erschiene es wahrlich als eine Art Kulturrevolution. Aber reicht uns das? (D)

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Die Stärkung der ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft würde uns viel weiter bringen; denn diese schafft Arbeitsplätze.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie ist im Gegensatz zu den großen Betrieben innovativ, wenn es um mehr Beschäftigung und neue, gleichberechtigte Einkommensmöglichkeiten gerade auch für Frauen geht. Aber dazu findet sich im Antrag der Linken leider nichts.

Ich will das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Der Ansatz ist gut. Jetzt kommt es aber auf konkrete Instrumente an.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition: die Hofabgabeklausel. Nach der geltenden Regelung gilt: Wenn ein Landwirt mit 65 Jahren nicht seinen Hof abgibt, verliert er seinen Rentenanspruch. Will er ihn aber an seine jüngere Ehefrau abgeben, so darf diese nicht jünger als 55 Jahre sein.

<sup>1)</sup> Anlage 2

Cornelia Behm

- (A) Ist sie beispielsweise 53 oder 48, hat sie Pech gehabt. Der Gesetzgeber verbietet ihr die Übernahme des Hofes und entzieht ihr damit die Lebensgrundlage als Bäuerin.

Ein weiteres Beispiel: Ist die Bäuerin 65, ihr Ehemann aber nicht bereit, den Hof mit Eintritt ins Rentenalter abzugeben, verweigert ihr der Gesetzgeber die Rente. Es ist ihr somit gesetzlich verwehrt, eigenständig über ihr Leben im Rentenalter zu entscheiden. Das müssen wir ändern, und zwar jetzt.

Zusammengefasst heißt das: Um die Diskriminierung von Frauen auf dem Lande zu beenden, reicht es nicht, sie stärker an Förderprogrammen zu beteiligen, und schon gar nicht, Aktionsprogramme zu machen und Beiräte zu berufen. Das Feld, das es zu beackern gilt, ist groß und steinig. Die Regierungskoalition sollte endlich die Kraft zusammennehmen, nicht nur vor Ort bei den Betroffenen schöne Worte zu machen, sondern wenigstens die schwersten Steine – damit meine ich beispielsweise die Hofabgabeklausel – aus dem Weg zu räumen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/5477 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

- (B) Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Wolfgang Wieland, Jerzy Montag, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Keine Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdaten –**

**Richtlinienvorschlag über die Verwendung von Fluggastdatensätzen, KOM(2011) 32 endg., Ratsdok. 6007/11**

**hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 9 Absatz 4 EUZBGG**

– Drucksache 17/5490 –

Überweisungsvorschlag:

Innenausschuss (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Konstantin von Notz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** (C)

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 1 101 889 000 Passagiere wurden nach Angaben von Eurostat im Jahr 2008 in der EU auf dem Luftweg befördert. Von einem erheblichen Teil dieser Passagiere sollen nun jeweils 19 Datenkategorien ohne Anlass und auf Vorrat gespeichert werden: Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Kreditkartennummer, Zahl und Name der Mitreisenden,

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

der Name des Sachbearbeiters im Reisebüro, der sogenannte Vielfliegervermerk, die Sitzplatznummern und – ein Meisterwerk der Unbestimmtheit – sogenannte allgemeine Hinweise.

Um hier gar keinen großen Spannungsbogen aufzubauen und den Tenor unseres Antrags gleich offen zu benennen: So geht es nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Schon das allein ist eine riesige Menge äußerst aussagekräftiger personenbezogener Daten. Aber zu allem Überfluss ist in der jetzt vorliegenden Richtlinie eine Verknüpfung dieser Daten, eine Abgleichung oder, um es konkreter zu sagen, eine Rasterung verpflichtend vorgesehen. Hier entsteht ein unüberschaubarer, staatlich kontrollierter Datenpool, der nicht nur mit anderen europäischen und nationalen Datensammlungen abgeglichen werden kann und soll, sondern aus dem sich zusätzlich verschiedenste Polizei- und Strafverfolgungsbehörden aller 27 Mitgliedstaaten bedienen sollen.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Was ist daran schlimm?)

– Das will ich Ihnen jetzt erklären, Herr Kollege. – Wie lange diese Behörden wiederum die abgerufenen Daten speichern

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Polizeiarbeit ist etwas Schlimmes für euch!)

– Herr Binninger, Sie haben eine Frage gestellt, hören Sie jetzt auch zu! –,

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Jawohl!)

wozu sie die Daten, die sie abrufen, genau verwenden und an welche weiteren Länder – ohne ausreichendes Datenschutzniveau – sie sie weitergeben, ist nach der vorliegenden Richtlinie völlig unklar.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Dann machen Sie einen Vorschlag!)

Diese Vorratsdatenspeicherung ist ein weiterer Baustein in einem völlig unkontrollierbaren Gewirr von untereinander verbundenen Datenpools in Europa. Meine Fraktion und ich sehen hier – das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit – ein massives datenschutzrechtliches und verfassungsrechtliches Problem.

(D)